

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Jannowitz 6909. Postscheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 294 A

BERLIN • Donnerstag, den 12. Januar 1933

2. JAHRGANG

Zwei Milliarden fehlen!

Lehrer, wacht auf!

Von Anna Fricke.

Vor wenigen Wochen berichteten wir im „Funken“ (Nummer 278, vom 23. Dezember) über die kirchliche Wühlarbeit zur Durchsetzung der kirchlichen Beaufsichtigung des Religionsunterrichts; wir berichteten über mutige Gegenaktionen eines Teils der Lehrerschaft, vor allem der westfälischen; wir berichteten über die zaghaftere Haltung der Leitung der größten preußischen Lehrer-Organisation, des Preußischen Lehrer-Vereins.

Inzwischen ist diese Zaghaftigkeit — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — weiter in so erschreckendem Maße hervorgetreten, daß kein Gegner der Kirchenschule über die Haltung dieser Lehrer-Organisation und des ihr übergeordneten Deutschen Lehrervereins beruhigt sein kann.

„Der Kampf gegen die Einsichtnahme geht weiter.“ Unter dieser Überschrift berichtet am 5. Januar die „Preußische Lehrer-Zeitung“ über die Stellungnahme eines pommerschen Kreis-Lehrervereins gegen die kirchliche Einsichtnahme in den Religionsunterricht. Wer aber nicht nur die „Preußische Lehrer-Zeitung“ gelesen, sondern auch die übrigen Lehrerpresse verfolgt hat, der kann nicht beruhigt sein. In der „Westfälischen Schulzeitung“, die man zur Zeit als eine der Stimmen der entschlosseneren Kämpfer gegen die kirchlichen Vorstöße betrachten kann, finden sich schwere Anklagen gegen das Verhalten des Deutschen und des Preußischen Lehrervereins und der „Preußischen Lehrer-Zeitung“. Ähnliche Anklagen finden sich in der „Leipziger Lehrer-Zeitung“, in der „Rheinischen Lehrer-Zeitung“.

Wie stark diese Anklagen sind, sollen einige Stellen der „Westfälischen Schulzeitung“ belegen:

„Die Presse hatte die Pflicht, im Preußischen Lehrerverein den Geist mobil zu halten, der den Angriffen einer kommenden anderen Zeit gewachsen war. Aber ihre Haltung war so, daß die wenigen Versager des Westens ihre Lauheit mit der ‚PrLZ‘ entschuldigen konnten. Und es war so leicht für sie! In jeder Nummer brauchte nur eine Entschleierung der westfälischen Vereine deutlich abgedruckt zu werden . . .

Das ganze Haus brannte, nur die ‚PrLZ‘ wußte nichts zu melden.

Sie ist der Hauptschuldige unserer Niederlage. Allerdings, der letzte papierte Entschluß des Vorstandes stand in Fettdruck und unter der Überschrift ‚Bedeutungsvolle Tagung des Gesamtverbandes des PrLV.‘ Jawohl . . . sie war nicht nur bedeutungsvoll, sie war eine Katastrophe. 80 Jahre Kampf, 80 Jahre Opfer von manchem tapferen Lehrer der Vorkriegszeit sind am 10./11. Dezember 1932 in Magdeburg vom Gesamtverband ohne Grund zu Grabe getragen worden.“

Und nun ein Angriff gegen den Vorsitzenden des Deutschen Lehrervereins, der die Frage der Einsichtnahme, die doch die Mehrheit seiner Mitglieder angeht, als für ihn gegenstandslos erklärte:

„Weiß eigentlich die Führung des Deutschen Lehrervereins noch nicht, daß viele seiner Mitglieder im schweren Kampfe um sein Programm stehen, und daß die staatsbürgerlichen Grundrechte der Lehrerschaft wanken? Wir hatten geglaubt, daß es erste Selbstverständlichkeit sei, daß der Vorsitzende des DLV das Erbe der Lehrerschaft verteidigt, dessen Schutz er doch im Führeramt übernommen hat.“

Schon bemächtigt sich der Lehrerschaft im Rheinland und in Westfalen eine neue Sorge: Georg Wolff, der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, soll sich „nach bisherigen Erklärungen“ dem Auftrage der Einsichtnahme nicht entziehen wollen (Wolff ist Schulrat!). Bisher hat man in der „Preußischen“ und in der „Allgemeinen Deutschen Lehrer-Zeitung“ noch kein Dementi gefunden! Um so mehr beunruhigt dieses Gerücht, als es feststeht, daß

bereits Schulräte, die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins sind, das Amt eines „Glaubensprüfers“ im Auftrage der Kirche angenommen haben.

Soweit mir solche Fälle bekannt sind, ist gegen diese Schulräte im Lehrerverein bisher noch kein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, obgleich in den Ortsvereinen, denen diese Mitglieder angehören, der Beschluß gefaßt worden war, daß kein Mitglied einen derartigen kirchlichen Auftrag annehmen sollte. Hat der Geheimrat des kommissarischen Preußischen

Der Reichshaushalt der Krisenmacher.

Rpt. Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk hat im Haushaltsausschuß des Reichstages einen Ueberblick über die Finanzlage des Reiches gegeben. Obwohl er auf die Finanzlage der Gemeinden nicht einging, die bekanntlich noch weit trostloser ist als die des Reiches, entrollte sich ein schwarzes Bild, in das der Minister keinen anderen Lichtblick hineinzusetzen wußte als den Hinweis: Die Steuereingänge würden voraussichtlich (!) steigen und die Lasten aus der Erwerbelosenfürsorge sinken. Damit zu rechnen, ohne etwas dafür zu tun durch Bekämpfung der Krise an der Wurzel, ist geradezu freventlicher Leichtsin!

Wir können wohl verstehen, daß Graf Schwerin von Krosigk die Feststellung des Haushalts für 1932/33 so weit wie möglich an den 1. April, den Beginn des neuen Haushaltsjahres, heranschieben will; denn er weiß heute noch gar nicht, welche Posten er einsetzen soll. Auch dies ist nicht ein Zeichen der besonderen Unfähigkeit des heutigen Reichsfinanzministers, sondern ein Zeichen der Unfähigkeit der Kapitalisten, ihre eigene kapitalistische Wirtschaft in Ordnung zu halten oder doch rasch wieder in Ordnung zu bringen.

Aus dem Bild, das der Reichsfinanzminister zeichnete, heben wir dreierlei hervor:

1. Fehlbeträge.

Das Rechnungsjahr 1930 hat mit einem Fehlbetrag von 1190 Millionen Mark abgeschlossen. In dem Haushalt für 1931 waren 420 Millionen zur Teil-Abdeckung dieses Fehlbetrages eingestellt worden.

Das Rechnungsjahr 1931 hat mit einem Gesamtfehlbetrag von 1690 Millionen Mark abgeschlossen.

Diese setzen sich zusammen aus dem Fehlbetrag aus dem Jahre 1930 in Höhe von 770 Millionen Mark, der sich dadurch erklärt, daß von dem eigentlichen Fehlbetrag von 1190 Millionen Mark 420 Millionen Mark im Jahre 1931 getilgt worden waren. Zu dem Fehlbetrag des Jahres 1930 treten 1931 hinzu der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts in Höhe von 470 Millionen Mark und des ordentlichen Haushalts in Höhe von 450 Millionen Mark.

Im Etatsjahr 1932 wird man mit einem Minderaufkommen von rund 800 Millionen Mark bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen.

Der Reichsfinanzminister rechnet für das Reich mit 400 Millionen Mark Steuerausfall, 50 Millionen Mark Ausfall bei den Vorzugsaktien der Reichsbahn und mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei verschiedenen Posten in Höhe von 300 bis 350 Millionen Mark, so daß insgesamt ein Fehlbetrag von rund 800 Millionen Mark entsteht. Nun ist auch im Jahre 1932 ein Posten zur Deckung des alten Fehlbetrages in Höhe von 420 Millionen Mark vorgesehen. Der Haushalt kommt also bei dem aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrag von 1690 Millionen auf 1270 Millionen Mark herunter. Dazu tritt der neue Fehlbetrag von 800 Millionen Mark, so daß

am Ende des Rechnungsjahres 1932 insgesamt ein Fehlbetrag von 2,07 Milliarden Mark

vorhanden sein wird.

Wir fassen zusammen:

	Fehlbetrag des Haushaltsjahres	Gesamtfehlbetrag am Schluß des Haushaltsjahres
	in Millionen Mark	
1930	1190	1190
1931	920	1690
1932	800	2070

Kultusministers Kähler die Lehrer bereits derartig ins Mauseloch gejagt? (Der wichtigste Satz dieses Geheimerrlasses lautete: „Gegebenenfalls wird . . . darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß sich eine Bekämpfung des Erlasses vom 2. August 1932 (über die kirchliche Einsichtnahme; A. F.) in der Öffentlichkeit und eine Beeinflussung der Elternschaft zu diesem Zweck mit den Beamtenpflichten des Lehrers nicht vereinigen läßt.“)

Die freiheitlichen Lehrer sind also ihrer Führung nicht sicher. Um so erfreulicher ist es, daß die erste Nummer der „Preußischen Lehrer-Zeitung“ im Jahre 1933 sogar aus Pommern von einer Entschleierung zu berichten weiß, in der

AUS DEM INHALT:

- „Strafexpeditionen“ gegen China.
- Grundzüge französischer Außenpolitik.
- Weltfriede und Arbeiterbewegung.
- Doppelverdiener.
- „Kampf“ gegen die Krise.
- Die Ausweisungsseuche: Freitod einer Tochter Trotzki's.

2. Vorbelastungen.

Der bisherige Fehlbetrag ist so groß, obwohl erhebliche Lasten auf kommende Jahre abgebürdet wurden. Es müssen nämlich nachträglich für Schatzanweisungen Steuergutscheine u. s. w. aufgebracht werden:

1933	240 Millionen Mark
1934	740 „
1935	740 „
1936	650 „
1937	650 „
1938	500 „

3520 Millionen Mark

Diese Spekulation auf Besserung der Konjunktur belastet und hemmt die künftige Konjunkturentwicklung erheblich. Bei jedem einzelnen Posten hat man vorgerechnet, daß es sich ja nur um einen Bruchteil des gesamten Haushalts handle, mit dem die künftigen Jahre vorbelastet würden. Insgesamt handelt es sich aber um rund

3,5 Milliarden Mark, also fast die Hälfte der jährlichen Ausgabensumme des Reichs.

Zu dieser sicheren Vorbelastung kommt nun noch ein unsicherer Posten:

3. Bürgschaften.

Die Summe der vom Reiche übernommenen Bürgschaften betrug am 1. April vorigen Jahres 2015 Millionen Mark, am 1. Oktober 2146 Millionen Mark einschließlich 150 Millionen Mark für Wechselkredite zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung beim Straßenbau und bei der Wasserwirtschaft. Gerade wegen dieser 150 Millionen Mark wird das Reich wohl in Anspruch genommen werden. Die Bürgschaften für die Banken betragen 759 Millionen Mark. Wieweit das Reich tatsächlich mit dieser Summe belastet werden wird, das weiß heute noch kein Mensch. Für optimistisches Vorbeisehen an der Bedeutung dieser Bürgschaften gibt jedenfalls die Wirtschaftslage keinen Anlaß. Am ruhigsten kann die Reichsregierung vorläufig wegen 400 Millionen Mark Bürgschaften für Russenlieferungen sein.

Ein Volk wird von seiner herrschenden Klasse durch deren kapitalistische Wirtschaftspolitik abgehalten zu arbeiten. Ergebnis: nur 8 Millionen Vollbeschäftigte, 5 Millionen Kurzarbeiter und 7 Millionen Erwerbslose, von denen 3 Millionen keine öffentliche Unterstützung erhalten. Diesem Volk wird nun noch folgende Rechnung aufgemacht:

Fehlbetrag des Reichshaushalts	2 Milliarden Mark
Vorbelastung künftiger Reichshaushalte	3,5 „
Reichsbürgschaften über	2 „
insgesamt 7,5 Milliarden Mark	

Wann wird den Schuldigen die Quittung überreicht werden?

der Kreis-Lehrerverein Greifenhagen als „selbstverständlich für seine Mitglieder“ ansieht:

- 1. daß sie einen kirchlichen Auftrag zur Einsichtnahme nicht annehmen;
- 2. daß sie sich nicht an Verhandlungen zur Bildung von Unterrichtsbeiräten beteiligen;
- 3. daß sie nicht in einem Unterrichtsbeirat mitwirken.“

So erfreulich diese Berichte sind, so groß sind nach allem, was bisher in der Frage der Einsichtnahme geschehen ist, die Zweifel, ob diese Beschlüsse auch die entsprechenden Taten zur Folge haben werden. Daß wir nicht nur unsicher

sind, ob selbst Wolff die „Glaubenskontrolle“ ablehnt, sondern daß sich der Vorstand des Preußischen Lehrer-Vereins sogar in der

Frage der Mitwirkung mit der Kirche in den sogenannten Unterrichtsbeiräten

festgelegt hat, sollen die folgenden Ausführungen belegen.

Schon vor dem 30. August 1932 stand fest, daß der Vorsitzende des Preußischen Lehrer-Vereins, Diekmann, die Mitarbeit der beiden Lehrervertreter in der Generalsynode des Evangelischen Ober-Kirchenrats zwecks Bildung und Zusammensetzung der Unterrichtsbeiräte billigte. Dies kann jeder in der „Preußischen Lehrer-Zeitung“ (Nr. 130 vom 29. Oktober 1932) nachlesen. Dort verteidigt einer der Fachvertreter des Lehrervereins seine Teilnahme an den Verhandlungen mit dem Evangelischen Oberkirchenrat zwecks Bildung der Unterrichtsbeiräte mit folgenden Worten:

„Die Nichtbeteiligung an den Beiräten . . . bedeutet die völlige Ausschaltung der Lehrerschaft unserer Einstellung (!) an der praktischen Mitarbeit der Schulpolitik der Kirche, auch in der Richtung einer zu erzielenden Ueberwindung der Einsichtnahme (!) . . . bedeutet eine ungeheure Erschwerung unserer schulpolitischen Situation. . . Die Lehrerschaft hat es jetzt in der Hand, dabei zu sein oder nicht!“

Wie kann man, wenn man einen schüchternen Blick auf diese Tatsachen wirft, noch erwarten, daß die Lehrerschaft den

Kampf gegen die kirchliche Einsichtnahme noch weiter führen wird!

Unterdessen werden von der Lehrerpresse und den „Führern“ der Lehrerschaft Themen wie folgende — unter anderen Umständen gewiß wichtige — mit Inbrunst und bis zur Erschöpfung behandelt: die akademische Lehrerbildung; der Freiwillige Arbeitsdienst; die preußische „Verwaltungsreform“; die Frage, ob der Lehrerverein eine Gewerkschaft sein soll oder nicht.

Resultat: Auch dieser Kampf um die kümmerlichsten Ueberbleibsel und Ansätze einer freien Schule bleibt hängen auf den Schultern der Eltern der Volksschulkinder, auf den Schultern des bereits mit anderen Kampfaufgaben überlasteten Proletariats.

Für die Lehrerschaft aber gilt heute wieder in vollem Ernst das Wort von Fallersleben, das Nelson ihr zugerufen hat, als Bayern durch das Konkordat in einen Kirchenstaat verwandelt wurde:

„Ihr seid nicht dumm, Ihr seid nicht schlecht;
Ihr wißt, was Freiheit ist und Recht.
Ihr liebt die Wahrheit, haßt den Schein
Ihr wollt auch gern freisinnig sein.
Auch habt Ihr alles auf der Welt:
Ihr habt Gesundheit, Freud' und Geld
Und Weib und Kinder, Hof und Gut —
Doch fehlt Euch eins: Euch fehlt der Mut!“

Die Grundzüge der französischen Außenpolitik.

H. M. Pierre Cot, der radikalsozialistische Unterstaatssekretär im französischen Außenministerium, der ständige Vertreter Frankreichs beim Völkerbund wird, hat einem Berichterstatter des „Petit Journal“ gegenüber seine Ansichten über die französische Außenpolitik dargelegt. Er sagte, daß die republikanische Mehrheit, die aus den Wahlen vom Mai 1932 hervorgegangen sei, sich entschlossen habe,

die Außenpolitik im Rahmen der Völkerbundsatzungen zu führen,

und daß deshalb der Völkerbund für sie nicht ein Mittel der internationalen Tätigkeit sei, sondern das Mittel. Frankreich werde sich in Zukunft mehr als bisher auf die internationale Schiedsgerichtsbarkeit einstellen. Auf diese Art, so hofft Pierre Cot, werde es möglich sein, jede internationale Frage, so heikel sie auch sei, zu lösen.

Pierre Cot sprach dann über den ihm gemachten Vorwurf, er wolle die Verträge zerstören. In dieser Frage bleibe er den Lehren der Radikalsozialistischen Partei treu. Die Abänderung von Verträgen sei in den Satzungen des Völkerbundes vom Jahre 1919 vorgesehen. Frankreich habe die Revision der Verträge selbst vorgenommen, als es eine Aenderung der Reparationsbestimmungen annahm, als es Deutschland eine Regelung der Rüstungsfrage vorschlug, die den Bestimmungen des Versailler Vertrages widerspreche, und ferner dadurch, daß es die Aenderung der Schuldenverträge vorsehe. Pierre Cot wiederholte die Ansicht Herriots,

daß Verträge nicht von ewiger Dauer sind,

daß sie sich dem Rhythmus des Lebens der Völker und den Lebensnotwendigkeiten anpassen müssen,

daß man aber ihre einseitige Kündigung nicht zulassen könne.

Die von Pierre Cot geäußerten Grundsätze der französischen Außenpolitik, insofern darin ein Völkerbund und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als oberste Behörden der internationalen Politik betrachtet werden, entsprechen den Anforderungen des Rechts. Auch in bezug auf den Versailler Vertrag, der im gegenseitigen Einverständnis, nicht aber durch einseitige Kündigung geändert werden soll, sind wir mit den Ansichten Pierre Cots einverstanden.

Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

IV.

Dies war das letzte Mal, daß sich die Gewerkschaftsbewegung mit den politischen Parteien so scharf geäußert hat. Fünf bis sechs Wochen später erfolgte der französisch-belgische Einmarsch ins Ruhrgebiet, und trotzdem sich die Gewerkschaftsbewegung und die politischen Parteien auf dem Haager Friedenskongreß verpflichtet hatten, ihre Macht im Sinne der Resolution gegen den schon damals drohenden Einmarsch anzuwenden, geschah nichts. Damit wurde bewiesen, daß die Schlagkraft der Gewerkschaften von der der politischen Parteien gar nicht zu reden, schon im Jahre 1922/23 geschwächt, jedenfalls aber derselbe Wille zur Tat, die selbe Opferbereitschaft wie in den Jahren 1919, 1920 und 1921 nicht mehr vorhanden war. Die Periode der direkten Aktionen der Arbeiterbewegung für den Frieden und gegen den Krieg hat mit dem Haager Friedenskongreß, wenigstens vorläufig, ihren Abschluß gefunden.

Genfer Friedensgase betäuben die Arbeiterschaft.

Statt der direkten Aktion hat sich die Arbeiterbewegung der sogenannten Friedensbewegung, die von Genf ausgeht, zugewendet. Der sogenannte Friedensvertrag von Versailles, mit dem der Weltkrieg offiziell seinen Abschluß fand, enthält auch die Klausel, derzufolge alle Staaten, die Mitglieder des durch diesen Friedensvertrag gegründeten Völkerbundes sind, die Aufgabe und Pflicht haben, zur Abrüstung zu schreiten. Seit diese schönen Worte in den Friedenspakten niedergeschrieben und von den Vertretern der verschiedenen Nationen feierlich beschworen und handschriftlich bestätigt wurden, hat es eine Unmenge von Konferenzen gegeben, in denen die Vertreter der verschiedenen Länder diskutiert und immer wieder diskutiert haben über die Frage, ob sie abrüsten sollen, ob sie abrüsten wollen, ob sie abrüsten können,

Nur haben wir Grund, zu bezweifeln, daß diese Grundsätze in der Praxis wirklich angewandt werden: Obwohl eine von der republikanischen Mehrheit gestützte Regierung in Frankreich an der Macht ist, ist von seiten der französischen Regierung gegen das Vorgehen Japans in Nordchina nicht einmal Protest erhoben worden, von dem Ergreifen von Gegenmaßnahmen, wie sie im Völkerbundsstatut gefordert werden, gar nicht zu reden. Wenn aber Frankreich selber sich nur so lange an das Völkerbundsstatut hält, wie ihm dies nützlich erscheint, so wird in Zukunft ebenso wenig wie in der Vergangenheit davon die Rede sein können, daß „jede internationale Frage, so heikel sie auch sei“, durch den Völkerbund gelöst wird.

Die Grundsätze der französischen Außenpolitik, so wohlwiegend sie sich auch im Wortlaut von denen der deutschen Außenpolitik unterscheiden, gewinnen erst dann einen Wert, wenn sie in die Praxis umgesetzt werden. Das zu tun, sofort zu tun, hat die französische Regierung niemals bessere Gelegenheit gehabt als jetzt, da so viele und so heikle Fragen in Genf ihrer Lösung harren.

Die französischen Haushaltsschwierigkeiten.

Scharfe Kampfansage der Gewerkschaften.

Der französische Finanzminister Chéron hat nicht nur (wie die frühere Regierung) vor, die Beamtengehälter zu kürzen, sondern er will außerdem einen großangelegten Beamtenabbau durchführen. Die Gewerkschaften, die schon seit Juli 1932 den Kampf gegen derartige Pläne führen, haben gegen die Absichten Chérons schärfsten Protest erhoben. Vor einigen Tagen fand in Paris eine große Gewerkschaftsversammlung statt, in der Jouhaux, der Vorsitzende der CGT (Allgemeiner Französischer Gewerkschaftsbund) die Regierung davor warnte, die Pläne Herriots wieder auszupacken. Die Verhandlungen zwischen Chéron und Vertretern der Verbände der Beamten und Staatsarbeiter sind ergebnislos verlaufen.

Die Regierung Paul-Boncour befindet sich also wieder in derselben heiklen Lage, die schon dazu beigetragen hat, Herriot zu Fall zu bringen: sie hat zur Durchführung der Haushaltsanierung die Gewerkschaften gegen sich, die zu energischen außerparlamentarischen Aktionen bereit sind, und sie hat höchstwahrscheinlich in der Kammer auch die SP und zum mindesten einen Teil der Radikalsozialisten gegen sich.

und wenn das alles der Fall ist, wann sie es tun, wie sie es tun, und wo sie es tun, und inwieweit sie es tun werden. Das Resultat all dieser Konferenzen ist, daß, wie ich bereits hervorhob, es heute zehn Millionen Männer mehr als im Jahre 1914 gibt, die militärisch geschult und bereit sind, sich in eine neue Menschenschlichterei schicken zu lassen, und daß die Durchschlagskraft der heutigen Waffen fünfmal so stark und fünfmal so mörderisch ist als im Jahre 1914.

Die Arbeiterbewegung hat sich von diesen Genfer Beratungen und den von ihnen ausströmenden Friedensgasen einschläfern und betäuben lassen. Der Völkerbund ist im internationalen Maßstab schließlich nichts anderes als eine Fortsetzung des während des Krieges in den verschiedenen Ländern zwischen den Arbeitern und den herrschenden Klassen abgeschlossenen Burgfriedens. Statt von Klassenkampf, wird in Genf von Klassenharmonie geredet, statt der internationalen Klassengemeinschaft der Arbeiter aller Länder, steht in Genf an erster Stelle das gemeinsame Interesse einer jeden Nation als Ganzes und wird lediglich versucht, die bestehenden nationalen Differenzen zu überbrücken. In bezug auf die versprochene Abrüstung und noch viel weniger in bezug auf die Verhinderung der Kriegsgefahr ist bisher durch all diese sogenannten Friedenskonferenzen in Genf oder anderswo auch nicht im geringsten etwas erreicht worden. Zur Bekräftigung dieser Behauptung kann ich mich auf den Bericht berufen, den die Exekutive der sozialistischen Internationale im Laufe des vergangenen Jahres über ihre Berliner Tagung vom 11. bis 13. Mai herausgegeben hat, und worin es heißt, daß noch niemals große Hoffnungen so jämmerlich enttäuscht worden sind, als durch den Völkerbund. Trotzdem wird die Internationale auch in Zukunft alles tun, um die sogenannte Friedensarbeit in Genf zu unterstützen.

Was ist Genf? Genf ist eine Kombination der Vertreter der kapitalistischen Staaten.

Und wer sind die Herren, die als Vertreter der kapitalistischen Staaten nach Genf entsandt werden? Das sind die Beherrscher dieser Staaten: Diplomaten der alten Schule, Großindustrielle, Generäle und Admirale, und hier und da — so gnädig sind die Regierungen, aber gleichzeitig auch so klug sind sie — ein oder zwei Männer, die aus der Arbeiterschaft

„Strafexpedition“ gegen China

Neue japanische Offensive.

Nach dem Bombardement chinesischer Brigaden in der Provinz Jehol durch japanische Flieger, nach dem „Ultimatum“ des japanischen Oberbefehlshabers Nakamura, er werde diese (bombardierten!) Truppen obendrein — angreifen, wenn sie nicht unverzüglich die Provinz Jehol verließen; nach dem weiteren „Ultimatum“: die japanischen Flieger würden die Bahnen in Jehol zerstören, wenn nicht die Chinesen innerhalb 24 Stunden ihre Truppentransporte dort einstellen würden — nach all dem

hat am Dienstag die volle Offensive der Japaner gegen die Provinz Jehol begonnen.

„Nachdem vormittags die Frist abgelaufen war, die den chinesischen Generalen vom japanischen Armeestab für die Einstellung der Truppentransporte in Jehol gestellt wurde“ — so beten auch deutsche nationalistische Zeitungen die japanischen Tendenzmeldungen nach. „Die Chinesen haben das Ultimatum nicht angenommen! So ist der neue Vormarsch in Jehol zu erklären!“ — ein Unsinn, der schon durch die eine Tatsache entlarvt wird, daß bereits am Sonntag, ehe das Ultimatum wegen der Truppentransporte überhaupt gestellt worden war, japanische Flieger über Jehol durch Flugblätter die Besetzung der gesamten Provinz angekündigt hatten.

Die neue Offensive hat sowohl mit dem Vormarsch der japanischen Truppen als auch mit dem Bombardement der Bahnen und Straßen begonnen. Nach einer Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums planen die Japaner mit dem neuen Vormarsch einen großen strategischen Schlag: das Hauptziel sei, die in Jehol zusammengezogenen chinesischen Truppen von Nordchina abzuschneiden. Sollte dieser Schlag gelingen, so läßt für das Schicksal der chinesischen Gefangenen folgende Erklärung des japanischen Kriegsministeriums das Schlimmste erwarten: Die Provinz Jehol stelle einen Teil des Staates Mandschukuo dar und

der neue Feldzug sei ein Straffeldzug gegen die Feinde des mandchurischen Staates,

die auf sein Gebiet eingefallen seien. Daß Jehol zu Mandschukuo gehöre, davon war niemandem etwas bekannt, ehe vor längerer Zeit die Japaner begannen, diese Behauptung mit allen zur Verfügung stehenden Telegraphen-Agenturen in die Welt zu setzen. Auch nach dem Lytton-Bericht umfaßt Mandschukuo nur die sogenannten drei chinesischen Ostprovinzen, unter denen sich Jehol nicht befindet.

Auch südlich von Schanghai kwang, also weiter in die nordchinesische Provinz Tschili hinein, sind am Montag die Japaner von neuem vorgerückt:

Kavallerie hat einige chinesische Ortschaften besetzt. „Es handele sich nicht um eine neue japanische Offensive, sondern nur um das — Einnehmen besserer militärischer Stellungen“, bemerkt frech dazu der Ansager vom japanischen Kriegsministerium!

„Von keiner Großmacht Einspruch.“

In einer Sitzung des japanischen Kabinetts am Dienstag erstattete Außenminister Utschida Bericht über die diplomatische Seite des chinesisch-japanischen Konflikts und betonte, daß offiziell von keiner Großmacht Einspruch gegen das japanische Vorgehen bei Schanghai kwang erhoben wurde.

Um die Autonomie Oberschlesiens.

Im schlesischen Sejm fand eine Debatte über die Einführung des polnischen Schulgesetzes in Oberschlesien ohne Zustimmung des Sejm statt. Vertreter des „Deutschen Klubs“ waren der Ansicht, daß hierdurch die wichtigsten Rechte der schlesischen Bevölkerung verletzt würden. Vertreter anderer Parteien — darunter Sozialdemokraten — schlossen sich dieser Ansicht an. Dagegen erklärte ein Abgeordneter der Regierungspartei, daß das Gesetz unter allen Umständen, auch gegen den Willen des Sejm, eingeführt werden würde. Gegen die Stimmen der Regierungspartei wurde der deutsche Antrag angenommen.

hervorgegangen sind. Und von so einer Gesellschaft erwartet man, erwartet auch die Arbeiterbewegung, daß sie eine wirkliche starke Friedensbewegung zustande brächte, daß sie abrüsten und den Krieg bekämpfen würde.

Abrüstung und Arbeiterschaft.

Wenn die Regierungen in Genf oder sonstwo nach wochenlangen sogenannten Beratungen schließlich beschließen, gewisses Kriegsmaterial nicht mehr anzufertigen oder bestehendes abzuschaffen, dann geschieht dies letzten Endes nicht, um den Frieden zu fördern oder zu sichern, sondern lediglich: um für dasselbe oder für weniger Geld besseres, d. h. tödlicheres Kriegsmaterial zu beschaffen; und wenn sie eine Million Mark streichen für Kanonen und Gewehre, so nur, um 2 Millionen zu fordern für Flugzeuge, Unterseeboote und Giftgase. Vielleicht wird mancher hier in dieser Versammlung an diesen Worten Anstoß nehmen. Das würde mir leid tun, aber es ist immer noch besser, als daß wir uns selber betrügen. Alles, was mit der sogenannten Abrüstungsfrage zusammenhängt hat zwei Seiten. Abrüstung kann von Bedeutung sein, wenn es gelingt, nicht nur Gelder freizumachen, die sonst für Kanonen und Gewehre und in technischer Hinsicht veraltete Schiffe verwendet werden, sondern gleichzeitig auch, zu verhindern, daß dieselben Gelder für andere, „bessere“ Waffen gebraucht werden, mit anderen Worten, daß das Geld, das bisher für militärische Zwecke ausgegeben wurde, in Zukunft der Friedensarbeit, sozialen Zwecken, zugeführt wird. Nur müssen wir uns selbst und andere nicht glauben machen wollen, daß mit dieser Geldersparnis auch wirklich die Kriegsgefahr nur um ein Tüpfelchen vermindert werde. Dazu kommt, daß in der Frage der Abrüstung die Arbeiterschaft der verschiedenen Länder in keiner Weise einig ist. In dem einen Lande kämpft man für eine radikale Abrüstung, und will man das Heer auf eine kleine Polizeitruppe einschränken. Man lehnt die Vaterlandverteidigung ab; in anderen Ländern dagegen ist man für die Vaterlandverteidigung und bereit, natürlich nur zur Erhaltung der eigenen Kultur, Freiheit und was es sonst noch für schöne Sachen gibt, die Arbeiter als Soldaten in einer künftigen Krieg ziehen zu lassen.

Fortsetzung folgt.)

Politische Schlägereien. Wieder SA-Ueberfall auf Kommunisten.

Am Dienstag abend fand im Saalbau Friedrichshain eine große Versammlung der KPD statt. 400 uniformierte SA-Leute versuchten, in die bereits stark gefüllte Versammlung einzudringen. Die Polizei trieb jedoch die sich unglaublich provozierend aufführenden Nationalbanditen zurück. Bei ihrem Rückzug vergasteten die Nazis den Vorraum des Saals mit Stinkbomben und Tränengas.

Während die Versammlung im Saalbau in Ruhe fortgeführt werden konnte, kam es im nahegelegenen Friedrichshain noch zu schweren Schlägereien. Anscheinend waren einige verspätete Versammlungsbesucher den Nazis direkt in die Hände gelaufen. Plötzlich ertönten Schüsse und Hilferufe. Die Polizei drang in die dunklen Parkanlagen des Friedrichshains ein; als sie beschossen wurde, machte sie ebenfalls von der Waffe Gebrauch. Auf einem der Parkwege fand man zwei schwer verletzte Kommunisten, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Einige Nationalsozialisten wurden verhaftet.

In der Hofmeisterstraße im Norden Berlins entstand am Dienstag eine große Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der die Fensterscheiben eines kommunistischen Verkehrslokals zerschlagen und mehrere Personen verletzt wurden. Das herbeigerufene Ueberfallkommando nahm acht Verhaftungen vor.

An der Ecke Holzmarkt- und Markusstraße kam es am Dienstag gegen Mitternacht zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen des „Reichsbanners“. Verletzt wurde niemand. Zwei „Reichsbanner“-Leute wurden von der Polizei vernommen, die Nazis flüchteten.

In der Wallner-Theater-Straße entwickelte sich um dieselbe Zeit ebenfalls eine Schlägerei zwischen Nazis und „Reichsbanner“-Angehörigen, wobei die Fensterscheiben des dortigen Nazilokals zertrümmert wurden. Drei „Reichsbanner“-Leute wurden leicht verletzt. Sieben Mitglieder des „Reichsbanners“ und zwei Nazis wurden polizeilich festgestellt.

Vier „Hitler-Jungen“ wurden am Dienstag morgen in der Utrechter Straße in Berlin angegriffen. Zwei der Nationalsozialisten trugen erhebliche Verletzungen durch Schlagringe und Messer davon. Die Täter entkamen unerkannt.

Die „aufbauwilligen Kräfte“.

44 Kilogramm Ammonit bei Nazis beschlagnahmt.

Auf Grund von Angaben eines ehemaligen Nationalsozialisten nahm die Partei in den Räumen der Thio-sept-GmbH in Wien eine Haussuchung vor und fand dort ein Sprengstofflager, das aus 44 Paketen Ammonit mit je einem Kilogramm Inhalt bestand. Der Geschäftsführer des Unternehmens, der Nazi Kurt Barisani, wurde verhaftet. Die Wiener Polizei nahm außerdem zwei führende Mitglieder der NS fest, die im Verdacht stehen, für das Lager verantwortlich zu sein. Bei mehreren Nationalsozialisten wurden Haussuchungen vorgenommen, ebenso im Wiener „Braunen Haus“, das in den späten Abendstunden des Dienstags noch polizeilich besetzt war.

Aufbewahren eines Pakets Sprengstoff (Ammonit) in der Wohnung kostet drei Jahre Zuchthaus. Dieses Schicksal erlitt laut Urteil des vierten Strafsenats des Reichsgerichts am Dienstag den Bauarbeiter Knöchel aus Kassel. Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz fallen bekanntlich nicht unter die Amnestie.

Die „Akademische Legion“ nicht genehmigt.

Wir wir bereits berichteten, beabsichtigte der Rektor der Wiener Universität, zum Schutz der Universität eine „Akademische Legion“ aufzustellen, die aus „vertrauenswürdigen“ Studenten zusammengesetzt sein sollte. Der österreichische Unterrichtsminister, Dr. Rintelen, hat diesem Traum ein Ende gemacht, indem er seine Genehmigung für diese Maßnahme verweigerte, die seiner Ansicht nach den Gesetzen der Republik widerspricht.

5,77 Millionen amtlich registrierte Erwerbslose.

Und wieviel außerdem?

Rpt. Nach dem Bericht der Reichsanstalt hat die Erwerbslosigkeit in Deutschland in der zweiten Dezemberhälfte „nur“ um 169 000 zugenommen, in derselben Zeit des Vorjahres jedoch um 310 000. Ende Juni 1932 war die Erwerbslosigkeit um 1,7 Millionen größer als im Vorjahr, Ende Dezember nur um 105 000. Die Ueberhöhung gegenüber dem Vorjahr ist also verschwunden — in der Statistik.

Die Reichsregierung hatte es dieses Mal für notwendig gefunden, die Öffentlichkeit auf eine Erhöhung der amtlichen Erwerbslosenziffer vorzubereiten durch die einige Tage vorher verbreitete Mitteilung, „daß sich bei besserer Konjunktur mehr Arbeitslose bei den Arbeitsämtern meldeten, als das gemeinhin der Fall sei“; aus einer Steigerung der Zahl der registrierten Erwerbslosen dürfe man also nicht auf einen Rückgang der Beschäftigung schließen.

Gereke vor dem sozialpolitischen Ausschuß.

Am Dienstag begann der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags mit der Beratung der Anträge zur Arbeitsbeschaffung. Zunächst gab der Reichskommissar Gereke einen Ueberblick über die Maßnahmen, die im Rahmen seines Sofort-Programms durchgeführt werden sollen.

Die Aufbringung der dafür vorgesehenen 500 Millionen Mark, führte Gereke aus, sei gesichert. Zunächst sollten die Arbeiten durchgeführt werden, die absolut notwendig seien, die aber aus Mangel an Mitteln bisher nicht durchgeführt werden konnten. An eine ausschließliche oder vorzugsweise Vergebung der Mittel an Bezirke mit besonders starker Arbeitslosigkeit sei nicht gedacht, weil sich ja alle größeren Arbeiten nicht rein örtlich auswirkten. So würden zum Beispiel Brückenreparaturen in Berlin eine Entlastung des Arbeitsmarktes im Ruhrgebiet bewirken. Schon jetzt seien auf Grund der Richtlinien mehr Anforderungen eingegangen, als aus dem Sofort-Programm befriedigt werden könnten. Bei Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen vor allem die langfristigen Erwerbslosen bevorzugt werden. Wenn die Rentenbankkreditanstalt als untere Grenze für die Kredite den Betrag von 5000 Mark festgesetzt habe, so sei damit nicht ausgeschlossen, daß die Rentenbankkreditanstalt in Ausnahmefällen auch kleinere Summen als Darlehen gewähre. Es wurden dann im Ausschuß einige Anträge beraten. So hatten zum Beispiel die Nationalsozialisten Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge und Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes zur allgemeinen Arbeitsdienstpflicht gefordert!

Der Berliner Magistrat hat in seiner Sitzung am Montag die von den verschiedenen Verwaltungen eingegangenen Bedarfsanforderungen für die in Aussicht gestellten Reichsgelder einer Prüfung unterzogen. Vorläufig wurde die unbedingt notwendige Summe auf 35 bis 40 Millionen Mark veranschlagt. Das Berliner Programm umfaßt hauptsächlich Tiefbauten, besonders Straßen- und Brückenbauten.

Auswärtiger Ausschuß am 20. Januar.

Der Vorsitzende Frick des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags hat die nächste Sitzung für Freitag, den 20. Januar, anberaumt. Auf der Tagesordnung wird unter anderem auch die kommunistische Beschwerde über die Verletzung der Immunität des Ausschußmitgliedes Schehr stehen.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Brandes, wurde am Dienstag vom Reichskanzler empfangen, nachdem eine „Einigung“ zwischen den Ministern Warmbold und Freiherrn von Braun über die Agrar- und Handelspolitik erzielt worden war.

Die Regierung gibt also hier erneut offen zu, wie miserabel ihre eigene Statistik ist.

Alle vierzehn Tage erscheint eine amtliche Statistik, die mehr oder minder hoffnungsvoll aussieht oder doch so hingestellt wird. Und alle vierzehn Tage müssen wir wiederholen, daß statistisch erfaßte Erwerbslosigkeit in Deutschland — übrigens auch in vielen anderen Ländern — und Erwerbslosigkeit zweierlei ist.

Man hat zum Beispiel am 1. Dezember wieder genau gezählt, wieviel Schweine es in Deutschland gibt, sauber unterteilt nach Geschlecht und Alter. Aber man zählt nicht, wieviel Erwerbslose es gibt. Wir können die Zahl schätzen auf rund 7 bis 8 Millionen. Zur amtlichen Zahl kommen nämlich hinzu alle diejenigen, die gar nicht mehr zum Arbeitsamt gehen, weil sie weder Unterstützung erhalten, noch Arbeitsvermittlung erhoffen. Aus der amtlichen Statistik werden bewußt diejenigen von den Gemeinden unterstützten Erwerbslosen herausgelassen, die über 60 Jahre alt sind, und diejenigen, die früher selbständige Gewerbetreibende oder Händler waren; der Städtetag hat die Zahl dieser Erwerbslosen kürzlich auf 400 000 geschätzt.

Christliche Gewerkschaftsführer bei Schleicher.

Am Montag empfing General von Schleicher einige Gewerkschaftsführer der Christlichen Gewerkschaften, um mit ihnen die Lage in der rheinischen und insbesondere der bergischen Metallindustrie zu erörtern. Anschließend fand eine Aussprache über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage statt. Dabei haben die Gewerkschaftsvertreter dem General ihre ernste Auffassung der Lage vorgetragen und über die entschlossene Haltung der Arbeiterschaft gegenüber allen Versuchen, zur Politik des Herrn von Papen und einer „nationalen Konzentration“ in seinem Sinne zurückzukehren, berichtet. Die Arbeiterschaft wisse, daß die Reaktion nach der ersten Niederlage sich erneut zur Sammlung anschicke, und sie wisse, daß sie nichts unversucht lasse, ihre Macht und ihren Einfluß abermals zu stärken, und sie stelle sich dementsprechend ein.

Leider hielten diese Arbeitervertreter trotz aller üblen Erfahrungen der Arbeiter mit dem Nationalismus eine „Sammlung aller nationalen Kräfte“ für begrüßenswert. Diese Herren haben noch immer nicht begriffen, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, und sie werden es nie begreifen, weil sie sich zu sehr mit der herrschenden Klasse und ihrer Ideologie eingelassen haben.

Auf einer Konferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands führte der Verbandsvorsitzende, Abgeordneter Imbusch, aus, das „deutsche Wirtschaftsleben“ brauche vor allem „Ruhe und Vertrauen“. Damit begründete Imbusch auch die Tolerierung des „sozialen“ Generals Schleicher: „Man sollte bis zum Beweise des Gegenteils Herrn von Schleicher den guten Willen, unserem Volke zu helfen, zutrauen.“

Neue Explosionskatastrophe in Premnitz.

In der Pumpstation der Seidenfabrik des Premnitzer Werks der I.G.-Farbenfabrik explodierte am Dienstag nachmittag ein Behälter mit Schwefelkohlenstoff, wodurch das Dach des Gebäudes abgerissen, die Scheiben zerschlagen und eine eiserne Tür zehn Meter weit fortgeschleudert wurden. Auch die Giebelwand des Gebäudes weist mehrere Risse auf. Glücklicherweise kam der Schwefelkohlenstoff nicht zur Entzündung, sonst wäre ein schwerer Brand entstanden. Bei der Katastrophe wurden zwei Arbeiter leicht und ein Arbeiter schwer verletzt. Das Premnitzer Werk der I.G. wurde erst im Dezember von einer schweren Explosionskatastrophe heimgesucht, bei der anscheinend Munition explodierte, dreizehn Menschen getötet und eine größere Anzahl schwer verletzt wurden.

Professor Cohn nimmt seine Vorlesungen wieder auf, und zwar Anfang der nächsten Woche, wie der Rektor der Universität Breslau mitteilt.

EINE BEICHTE

VON THEODOR PLIVIER

Endlich kommt er auf den entscheidenden Sonntag zu sprechen.

„Also der Sonntag, der 3. November! Beim Appell stehen wir auf dem Kasernenhof. Unser Feldwebel liest den Tagesbefehl vor. Wir verstehen nur eins: es gibt keinen Stadurlaub. Nachher hingen wir stundenlang in den Fenstern. Ueber die Ziegelmauer weg konnten wir in die Stadt sehen, in der wir uns so gerne herumgetrieben hätten.“

Mittags gab es Klopse mit Kartoffeln. Nachher klopften wir einen Skat und es gab Krach. Meinem Freund, Jackel Gleich, hatte einer in die Karten geschaut. Ein Bremer, er war etwas älter als wir anderen. Wir konnten ihn nicht leiden, weil er auf uns Jüngere herabsah, und weil er sich mit einem Tripper großtat und auch sonst ein Schwein war.

Dann wird ein Befehl ausgerufen: „Erster Zug, Anzug blau, Handwaffen!“ Und etwas später:

„Antreten vor dem Divisionsgebäude!“ Wir bauen uns vor dem Gebäude des Divisionskommandeurs auf, die Belegschaft aus vier Stuben, alles frisch ausgebildete Rekruten.

Leutnant Steinhäuser läßt abzählen. 32 Mann sind wir.

Dann heißt es, scharfe Munition empfangen. Wir erhalten soviel Patronen, daß wir sie gar nicht in den Koppeltaschen unterbringen können und uns auch noch die Hosentaschen vollstopfen.

Der Leutnant läßt rumschießen.

„Nochdichter“, sagt er und späht über den Hof, ob keiner der älteren Matrosen sich in der Nähe befindet. Mir fällt der Ernst und der fast traurige Gesichtsausdruck unseres Leutnants auf. Er hielt so eine Art Ansprache, daß wir vom Divisionskommandeur die Aufgabe erhalten hätten, verhaftete Meuterer gegen Befreiungsversuche zu sichern. „Wenn es sein muß“, sagt er, „werden wir die Abriegelung der Straße zum Arresthaus auch mit Waffengewalt durchführen. Was sich auch ereignet, auf jeden Fall habt ihr meinen Befehlen nachzukommen!“

Dann las er aus den Kriegsartikeln vor.

Wir brauchten gar nicht zuhören. Vom Instruktionenunterricht wußten wir ja Bescheid: Mittelarrest, strenger Arrest, Festung, Zuchthaus, Erschießen und so weiter. Wir denken überhaupt nicht an die entsetzliche Aufgabe, nur an die schweren Strafen, die uns bedrohen.

Beim Ausrichten sehe ich das Gesicht von Jackel Gleich und die Gesichter der anderen. Erst später wurde mir klar, was alle diese Gesichter so gleichmäßig ausdrückten. Es war die Frage, ob wir nicht vielleicht mißbraucht werden sollten. Unterwegs habe ich diesen Gedanken ganz bestimmt gehabt. Ich weiß noch, wie ich den Blick des Leutnants gesucht habe, und das hat mich dann beschwichtigt. Leutnant Steinhäuser wird nicht zulassen, daß wir mißbraucht werden, sagte ich mir. Er tut weiter nichts als seine Pflicht. Und schließlich verteidigst du ja auch hier dein Vaterland.

Ja, so dachte ich damals.

Wir laden und sichern und setzen uns dann in Marsch. Auf der Straße kommen wir an Matrosentrupps vorbei. Jeder einzelne sah uns an, das glaubten wir wenigstens. In unserer Kolonne herrschte eine gedrückte Stimmung.

„Hoffentlich kommt es zu nichts“, sagt Jackel. Das war der Moment, als ich den Blick des neben der Kolonne marschierenden Leutnants auffing, und ich gab Jackel zur Antwort: „Wenn es doch zu etwas kommt, dann verteidigen wir eben auch hier unser Vaterland.“

Der Bremer hinter mir sagte ganz laut: „Was andere sich eingebrockt haben, das werden doch wir nicht auslöfen, natürlich wird geschossen.“

Ich glaube, daß sonst niemand so gedacht hat wie er. An der „Hoffnung“ kommandiert der Leutnant Halt. Sie kennen doch die „Hoffnung“, dieses große Bumslokal an der Karlstraße. Fünf Straßen stoßen dort zusammen. Vor der „Hoffnung“ bauen wir uns also auf, von der Litfaßsäule quer über den Damm hinüber bis zur anderen Häuserfront. Ein paar Neugierige sammeln sich an.

Unser Leutnant schickt sie weg. Sie gehen aber nur zur anderen Ecke, dort bleiben sie stehen. Aus dem Kaiserkafee schauen ein paar Matrosen heraus und verschwinden wieder.

Die vom Hafen heraufführende Straße macht einen Bogen, und wir können noch immer nichts sehen. Aber wir hören es näher kommen, die anmarschierende Menge singt.

Der Leutnant zieht seinen Degen und gibt Befehl: „Taschen auf — Pistolen an — vorderes Glied kniet!“ Das erste Glied macht einen Schritt vorwärts und kniet nieder, das zweite tritt auf Lücke. Vorschriftsmäßig, wie wir es gelernt haben, halten wir die Pistolen gerichtet. Es waren die langen Parabellumpistolen 04, mit langem Lauf und Schulterstück.

Plötzlich sind alle Straßenzugänge verstopft. Es ist ganz still geworden.

Die Menge ist da, sie singt nicht mehr. Ich höre ein Rouleau krachend herunterfallen. Auf dem Bürgersteig steht der Leutnant. Hinter ihm an der Litfaßsäule klebt ein Plakat. Ich starre die großen Buchstaben an und lese:

Zauberkünstler
Bellachini

Endgültig letzte Vorstellung
im Gewerkschaftshaus

(Fortsetzung folgt.)

In Mainz nach dem Burgfrieden. Protest gegen provozierende Nazis.

E. W. Am Sonntag nachmittag ertönte plötzlich kräftiger Rot-Front-Ruf in der Straße, und der Ruf: „Arbeiter, heraus zur Protestdemonstration!“ Schleunigst liefen wir auf die Straße. Die Genossen waren schon weiter. Wir liefen dem Klang der Musikkapelle nach und stellten fest, daß die Nazis demonstrierten. Nun war uns auch klar, was der Ruf bedeutete. Wir wohnen in der Altstadt, einem als revolutionär bekannten Viertel. Die Nazis wagten es, auch durch unser Gebiet zu ziehen. Zwar nicht durch unsere engen Gassen, da wären sie wohl auch kaum durchgekommen, aber immerhin war es Provokation genug, einen Teil der KP-Genossen auf den Plan zu rufen.

Recht war es den Nazis durchaus nicht, daß sie mit so starkem und lautem Protest begrüßt wurden. Pfiffe, Nieder- und Morderrufe, „Rot Front“ und der Gesang der „Internationale“ und anderer Kampflieder überrante gelegentlich sogar die Musikkapelle der Nazis. Ein Teil der Nazis wurde unruhig und geriet aus dem Schritt, bereit zur Schlägerei. Doch die Polizei war von geradezu überlegener Ruhe, obwohl sie dauernd in Atem gehalten wurde. Sie vertrieb ohne Unterschied ein paar sich wie hysterisch gebärdende Hitler-Anhängerinnen vom Fahrdamm, wie auch einzelne Protestierende. Um die Vorgänge auf dem Bürgersteig schien sie sich überhaupt nicht zu kümmern. Und Schmeicheleien waren es durchaus nicht, die die Braunhemden zu hören bekamen.

Als der Zug an den Altstadtstraßen vorbei war und in die breiteren Verkehrsstraßen in der Richtung auf die Neustadt zu marschierte, hörte auch das Leben auf dem Bürgersteig auf. Sehr wenige Menschen standen an den Straßenrändern, und die Allerwenigsten boten Hitlergrüße. Da war bei der KP-Demonstration, die als erste nach dem Burgfrieden durch Mainz zog, auch in den Straßen außerhalb der Altstadt weit mehr Leben. Und dies ohne jeden Versuch von Protesten der Gegner.

Sehr bedauerlich an der ganzen Geschichte ist dies, daß weder die Arbeiterdemonstration am 6. Januar eine Einheitsdemonstration, noch der Protest gegen die Nazis ein Zeichen einheitlichen Vorgehens der revolutionären Arbeiterschaft war. Die Wirkung wäre sicher in beiden Fällen weit stärker gewesen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Braunschweig: Sonnabend, 14. Januar, 20.15 Uhr, „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Arbeiter an die Abwehrfront! Redner: Erich Irmer, Berlin.

Frankfurt a. M.: Freitag, 13. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kapitalistische oder sozialistische Krisenüberwindung? Redner: Hellmut Rauschenplat (Berlin).

Hamburg: Donnerstag, 12. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs! Redner: Erna Mros (Essen).

Kassel: Freitag, den 13. Januar, 20.15 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Thema: Der ISK und seine heutige Aufgabe in der Arbeiterbewegung. Rednerin: Minna Specht.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

„Doppelverdiener“

Ein viel mißbrauchtes Schlagwort.

Der Artikel Nr. 278 A des „Funken“ über „Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft“ veranlaßt mich, noch einmal kritisch zu dem vielerörterten Begriff der „Doppelverdiener“ Stellung zu nehmen.

Was ist eigentlich ein Doppelverdiener? Logischerweise doch eine Person, die auf doppelte Weise verdient. Was heißt aber auf doppelte Weise? Man muß darunter wohl verstehen: Einnahmen aus verschiedenen Erwerbsequellen beziehen. Danach fallen unter diesen Begriff z. B. Leute mit mehreren Aufsichtsratsposten; Pensionäre, die außer ihrer Pension Einkommen aus irgendeiner Berufstätigkeit beziehen; alle Berufstätigen mit Nebeneinnahmen, die sich nicht unmittelbar aus der Berufstätigkeit ergeben. Nicht hinzuzurechnen wären Angehörige solcher freien Berufe, in deren Wesen es liegt, daß die Einkommen aus verschiedenen Quellen zusammenfließen. Kapitalerträge von Berufstätigen muß man ebenfalls als Doppelverdienst ansehen, nicht aber die von Rentnern. Eine scharfe Grenze läßt sich freilich nicht ziehen; es wird stets von subjektiven Erwägungen abhängen, wen man als Doppelverdiener gelten läßt.

Es kann sich daher nicht um eine feste Begriffsbestimmung handeln, sondern höchstens um eine Beurteilung von Einzelfällen; aber auch das ist schwierig. Vom objektiven Standpunkt aus wird es niemand einer armen Putzfrau verargen, wenn sie ihre geringen Einnahmen aus einer „Aufwartung“ durch eine zweite etwas aufbessert; aber in den Augen einer arbeitslosen Kollegin ist sie vielleicht schon eine „Doppelverdienerin“. Andererseits wird sich wohl jeder anständig denkende Mensch gegen den Unfug der „mehrfachen“ Aufsichtsratsstellen wenden. Zwischen diesen beiden Grenzfällen gibt es aber alle möglichen Fälle, die sich nicht leicht auf eine Formel bringen lassen.

Sicher ist nur eins: daß es falsch ist, das Wort „Doppelverdiener“ auf berufstätige Ehefrauen anzuwenden. Es liegt kein Grund vor, zwei Individuen das Recht auf ihre beiden Einkommen zu bestreiten, bloß weil sie geheiratet haben, zumal in der Ehe bekanntlich 1 und 1 mindestens gleich 2 ist. In der Praxis hat der Kampf gegen die verdienende Ehefrau bereits dazu geführt, daß die freie und kinderlose Ehe vielfach der legitimen gerade in den Lebensjahren vorgezogen wird, in denen auf den biologisch wertvollsten Nachwuchs zu hoffen wäre.

Wie faul die Motive sind, aus denen heraus dieser Kampf geführt wird, läßt sich leicht aufdecken. Bemerkenswerter-

weise richtet er sich von bürgerlicher Seite kaum gegen die Proletarierfrau. Darin liegt zwar indirekt eine Anerkennung der Tatsache, daß die Löhne der Männer so niedrig liegen, daß ein Mitverdienen der Frauen notwendig ist, keinesfalls aber die Tendenz, diesen Zustand durch Besserung der Löhne zu beheben. Im Gegenteil, dieser Zustand ist durchaus erwünscht; die unterbezahlte weibliche Arbeitskraft ist für die Aufrechterhaltung der heutigen Zustände geradezu unentbehrlich. Ferner richtet der Kampf sich nicht gegen die Ehefrau des Mittelstandes, die den Gatten in Handel und Gewerbe unterstützen, obwohl diese ja an und für sich durch bezahlte Angestellte ersetzt werden könnten. Selbst Hitler denkt wohl nicht im Ernst daran, die schlechtbezahlten Stenotypistinnen durch Männer zu ersetzen, in der Hoffnung, daß auf Grund jener Hungergehälter Familien gegründet würden.

Der Kampf gilt vielmehr im Grunde jenem sehr kleinen Kreis von Frauen, die sich in gehobenen und besser bezahlten Stellungen befinden, ganz besonders den Akademikerinnen. Da er aber gerade von solchen Männern geführt wird, die selber an den betreffenden Arbeitsplätzen interessiert sind, tritt die wahre Triebfeder ganz klar zu Tage.

Nun soll aber dem vagen „Doppelverdiener“-Begriff noch etwas näher zu Leibe gerückt werden. Es ist niemandem verboten, im Monat 200, 300, 500, 1000 oder auch 10 000 Mark zu verdienen, sofern er dazu Gelegenheit hat. Es soll aber zwei Leuten verboten sein, je 100, 150, 250, 500 oder 5000 Mark zu verdienen, bloß weil sie das Verbrechen begangen haben, zu heiraten? (und sich damit der Möglichkeit ausgesetzt haben, für mehr als zwei sorgen zu müssen!) Wo bleibt da die Logik und die Ethik?

Ein „Doppel“ setzt zudem ein wohldefiniertes „Einfach“ voraus. Wie hoch ist nun aber ein Einfach-Einkommen anzuschlagen? Nur wenn ein solches, für alle Staatsbürger gleiches, überhaupt existierte, hätte es einen wirklichen Sinn, von „Doppelverdienern“ zu reden. So aber ist dieses Wort ein verlogenes und sinnwidriges Schlagwort im Munde der Reaktion.

Auf einem anderen Blatt steht allerdings, daß das Unrecht der Minderbezahlung weiblicher Arbeit zu beseitigen ist, das ebenso erniedrigend für das eine Geschlecht ist, wie es das andere durch Lohnrückerei schädigt. J. Weill.

Wir weisen die interessierten Leser bei dieser Gelegenheit auf ein Sonderheft des „ISK“ hin „Das Heft der Frau“, in dem diese und ähnliche Fragen ausführlich behandelt sind. (Preis 0,20 Mark, zu beziehen durch die Internationale Verlags-Anstalt GmbH, Berlin, Inselstr. 8 a.)

Freitod einer Tochter Trotzki's. Ein Opfer der Polizeischikanen gegen Ausländer.

Die Tochter Leo Trotzki's, Frau Wolkow, die in Berlin-Karlshorst wohnte, hat sich Ende vergangener Woche mit Gas vergiftet. Frau Wolkow hatte seiner Zeit ihren Vater in die Verbannung begleitet, war aber in der Türkei von einer schweren Lungentuberkulose befallen worden, weshalb sie in ein Land mit gesünderem Klima übersiedeln mußte. Die preußische Regierung hatte ihr vor ungefähr einem Jahr die Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland gegeben. Vor kurzem wurde Frau Wolkow mitgeteilt, daß sie ausgewiesen werden würde. Aus Furcht, nirgends ein rechtes Asyl zu finden und einen Rückfall in ihr altes Leiden zu erfahren, zog Frau Wolkow vor, ihrem Leben selber ein Ende zu setzen. — Auch einem an der Berliner Technischen Hochschule studierenden Sohn Trotzki's droht die Ausweisung. Der Aus-

länder und Braunhäusler Hitler dagegen wurde nichtstuender Regierungsrat.

Verlängerung des Tarifs für die Bleistift- und Pinselindustrie, sowie für die Borsten- und Haartzurichtereien in Nordbayern bis 31. März 1933. Durch besondere Vereinbarung der Parteien ist die Bestimmung über den Urlaub für das ganze Jahr 1933 gültig erklärt worden. Nach dieser Bestimmung beträgt das Urlaubsgeld 60 Prozent des Lohnes, die Berechnung erfolgt bei Zeitlohnarbeitern nach ihrem Stundenlohn, bei Akkordarbeitern nach dem Durchschnittsstundenverdienst der letzten drei Monate vor Urlaubsantritt.

Verantwortl. Schriftf. d. Verlagsanstalt: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Fingerringplatz 12

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Laisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“
**Unterstützt
Eure
Zeitung!**
Werkt Abonnenten
Sammelt Anzeigen
Geworben bei Einkäufen
unsere Inserenten

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Spelzeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.

**Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords**
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

**Butter
Käse, Eier
Landbrot**

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfothauer, Weimar
Gleißerstr. 14

Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Maßarbeit **erstklassig
und billig**
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Anfbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Röstkaffee
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-
scheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler, Kaffee-Versand
Hamburg 88 / Heideborn 42.

Für den Befreiungskampf des Proletariats

Ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto: Berlin 31342.

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate**
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

**Wer unsere Schriften
noch nicht kennt,
Kostenfrei**
ersuche uns um Zusendung von Probe-Schriften.
Wir liefern 12 Flugblätter und 1 Nummer unserer
„Mittellungen“.
Gegen vorherige Zahlung von 1 M.
Wir liefern 12 Flugblätter, 3 Nummern unserer
„Mittellungen“ (80 Seiten) und 12 Klebemarken.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71 Berlin

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
**Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen**
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
Seit 10. Januar: **Asien, so und so:**
Der Russenfilm
Der blaue Express
Regie: I. Trauberg
Der Rächer des Tong
mit Edward Robinson
Erste Vorstellung 15. Letzte Vorstellung 21 Uhr

Warum nicht früher? Hoover wird zum Friedensapostel.

In einer Sonderbotschaft ersucht Hoover den Kongreß, entweder die internationale Konvention von 1925 zur Unterdrückung von Kriegsmaterialhandel zu ratifizieren oder den Präsidenten zu ermächtigen,

die Waffenlieferung ganz oder teilweise zu verbieten.

Diese revolutionäre Forderung Hoovers hätte mehr Eindruck gemacht, wenn sie nicht sieben Wochen vor seinem Rücktritt erhoben worden wäre, sondern zu einer Zeit, wo Hoover genötigt wäre, dem seitens der Kapitalisten seines Landes erhobenen Sturm gegen diese Forderung selber zu begegnen. Da jetzt aber niemand mehr die Botschaft Hoovers ernst nimmt, sondern alle Welt nur auf jeden Laut des kommenden Mannes, Roosevelt, lauscht, ist der Verdacht vielleicht nicht unberechtigt, daß die neue Forderung Hoovers auf das Konto der nächsten Präsidentenwahlen zu verbuchen ist.

Der Protest Polens gegen den englischen Rundfunk ist vom britischen Außenministerium an die Rundfunkgesellschaft weitergeleitet worden, deren Direktor dem polnischen Botschafter in London einen Besuch abgestattet hat. Er behauptete, daß die Erwähnung des polnischen Korridors und des hohen Rüstungsstandes Polens in der Silvesterabend des englischen Rundfunks darauf zurückzuführen sei, daß der Beamte, der gewöhnlich den redaktionellen Teil des Programms überwacht, auf Urlaub gewesen sei. Das Außenministerium betrachtet den Streitfall damit als beigelegt. Wie verlautet, war die britische Regierung über die Rundfunkübertragung, gegen die aus Polen protestiert wurde, sehr ungehalten. Die Regierung beabsichtigt angeblich sogar, daraufhin eine staatliche Kontrolle des Rundfunkprogramms einzuführen.

Die Unruhen in Spanien.

In einigen Orten gehen die Unruhen noch weiter, so in Sevilla, wo der Generalstreik ausgerufen ist. In einigen Dörfern kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Landarbeitern, wobei auch geschossen wurde. In den Provinzen Murcia und Valencia wurden in verschiedenen Orten Telegraphenleitungen zerschnitten, Sabotageakte auf der Eisenbahn ausgeführt und Rathäuser gestürmt. In zwei Dörfern in der Provinz Valencia wurden die Gemeindearchive verbrannt. In Barcelona bleiben die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen noch bestehen: Polizeiverstärkungen bleiben im Dienst, die Straßen sind während der ganzen Nacht erleuchtet, verdächtige Personen werden nach Waffen durchsucht.

Mann und Llewellyn bleiben in Haft.

Der britische Innenminister hat sich geweigert, den ihm durch MacDonald übermittelten Ersuchen der Labour Party um Freilassung der beiden kommunistischen Führer Tom Mann und Llewellyn nachzukommen. Die beiden bleiben also weiter im Gefängnis, weil sie sich geweigert haben, bei den Behörden eine Garantiesumme für ihr künftiges gesetzliches Verhalten zu hinterlegen. Wir erwarten, daß die Labour Party den Kampf für die Freilassung von Mann und Llewellyn weiterführen wird.

Freisinnige Schweden.

Der Geschäftsführende Parteiausschuß der Freisinnigen Partei Schwedens hat den früheren Ministerpräsidenten Ekman aufgefordert, die Führung des Ausschusses und damit der Partei wieder zu übernehmen.

Ekman trat im vorigen Jahr von seinem Posten als Ministerpräsident und Parteiführer zurück, da bekannt geworden war, daß er für seine Partei Geld von Ivar Kreuger angenommen hatte, auch noch als die schwierige Geschäftslage Kreugers ihn dazu veranlaßt hatte, die Regierung um Anleihen zu bitten.

Der Geschäftsführende Ausschuß beweist also, daß er wirklich freisinnig sein will, indem er nach Jahresfrist diese dunklen Geschäfte vergißt und den ehemaligen Führer zurückruft.

Kellnerin Molly.

W—er. Der Fackelreiter-Verlag, dessen Bücher mindestens der Gesinnung nach bekannt sind, und zwar wegen ihrer Fortschrittlichkeit und Anständigkeit, ist mit diesem Buch von Hans Otto Henel seiner Linie treu geblieben.

Das Buch schildert in unaufdringlicher und glaubwürdiger Weise die Schicksale, die einem in der üblichen Tradition erzeugten jungen Mädchen in der kapitalistischen Gesellschaft blühen können und mehr oder weniger vollzählig im Einzelfall auch wirklich blühen: Von der Verführung Minderjähriger ist die Rede, von der Ausnutzung gesellschaftlicher Machtstellung gegenüber den Frauen, der Fürsorge-„Erziehung“, der Kellnerinnenausbeutung, der Prostitution, der Abtreibung und der mörderischen Justiz, unter deren Grinsen die Handlung schließt. Der Autor, der sich einen bekannten Namen gemacht hat durch sein bereits vor einigen Jahren erschienen Buch: „Eros im Stacheldraht“, hat ebenso wie in diesem Buch auch in seinem neuen, der „Kellnerin Molly“, eine Sprache gefunden, die Greulichkeiten einer verkommenen Gesellschaftsordnung, die staatlich geschützt ist, so zu schildern, daß nicht die Worte über diese Gesellschaftsordnung, sondern diese selber roh und abstoßend erscheint. — Ein bei der Scheußlichkeit dieser Gesellschaftsordnung nicht ganz einfaches Unternehmen.

Gerade weil dies Buch gesinnungsmäßig und der Mitteilung der einzelnen Tatsachen wegen nötig und wichtig ist, wäre allerdings zu wünschen gewesen, daß es — da es als Roman erscheint — mehr durchgearbeitet worden wäre, etwa derart, daß die einzelnen Schicksalsschläge, die hier auf die Kellnerin Molly niederprasseln, in eine Form gebracht worden wären, durch die der Kreis der Beteiligten erweitert worden wäre. Man gewinnt jetzt am Ende des Buches den Eindruck, hier gleichsam einen Katalog der ganzen Widerlichkeit des kapitalistischen Zeitalters gelesen zu haben, und ist deshalb nicht restlos befriedigt. Abgesehen von diesem Mangel erfüllt das Buch durchaus seinen Zweck, die gesellschaftskritische und sozialpädagogische Literatur der Gegenwart durch ein zeitgemäßes Werk zu vermehren.

Das Buch kostet 2,80 Mark und ist 224 Seiten stark.

Die Kriegsgefahr wächst!

Betriebsarbeiter, an die Abwehrfront!

Am Dienstag veranstaltete der Ortsverein Berlin des ISK eine öffentliche Versammlung, in der Gustav Heckmann über die ungeheure Gefahr des bevorstehenden Krieges sprach und der in erster Stimmung zubührende Versammlung die Notwendigkeit eines geschlossenen Abwehrkampfes gegen den Krieg vor Augen stellte. Die Zeiten sind vorüber, in der der selige Spießbürger wie zu Faustens Lebzeiten sein Pfeifchen am Fenster schmauchen und gruselig-behaglich sich die Szenen ausmalen konnte, wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlugen.

Heute durchzittert die ganze Erde bei den Kanonenschüssen an irgend einer Ecke unseres Planeten, die drohen, alle Völker hineinzureißen in den rasenden Wirbel. Und auch die Zeiten sind vorüber, wo die Kriegführenden sich gegenseitig absteohen, denn heute — so schilderte Heckmann eindringlich — gibt es nur zwei wesentliche Waffen: Flugzeug und Gas. Hier hilft die Kriegsdienstverweigerung allein nicht, weil das in die Häuser dringende Gas nicht danach fragt, wer sich an diesem Morden beteiligen will oder nicht. Hier hilft nur die einheitliche Aktion der Arbeiterschaft in den Betrieben, das vertrauensvolle Zusammenarbeiten derjenigen, die diesen Spuk beseitigen können, weil ohne ihre Mitwirkung die Maschinerie nicht in Gang gebracht werden kann. Auch hier wird wieder einmal deutlich, wie notwendig die Herstellung einer ehrlichen Einheitsfront ist und wie einfach die Durchführung dieser Einheitsfront an sich ist an Hand einer so klaren Aufgabe.

Die scheinbare Ruhe in Deutschland bewirkt, daß den alarmierenden Nachrichten, die aus dem Fernen Osten zu uns dringen, nicht die nötige Beachtung zu Teil wird. Japans Neuzug nach China wird aber unweigerlich früher oder später zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führen, in die sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika, als auch die Sowjet-Union hineingezogen werden können. Heckmann wies auf die Bedeutung des fernöstlichen russischen Hafens Wladiwostok für die japanische Besetzung der Mandschurei und auf die Erörterungen in den amerikanischen Militärfachzeitschriften hin, in denen nüchtern mit der Möglichkeit des Krieges mit Japan fast wie mit einer Tatsache gerechnet wird.

Die japanische Aktion gegen China hat aber noch einen tieferen Grund. Der japanische Vertreter in Genf hat es deutlich gesagt, daß China vor der Bolschewisierung bewahrt werden müsse, wenn nicht ganz Asien ihr erliegen solle. Der Mahnruf Japans: „Imperialisten aller Länder vereinigt Euch!“ wird seine Wirkung nicht verfehlen, wenn auch unter den Imperialisten die Gegensätze groß sind. China, Rußland und Indien zusammen — sie machen fast die Hälfte der Erdbevölkerung aus — würden ein unschütterliches Bollwerk gegen den westlichen Imperialismus bilden. Der junge und gelehrige Räuber Japan sieht mit Klarheit diese „Gefahr“ und versucht, die europäischen und amerikanischen Imperialisten in die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus hineinzutreiben.

In der Diskussion waren fast alle Redner bestrebt, es der Sachlichkeit des Redners gleichzutun. Ein kommunistischer Genosse mißverstand offenbar immer noch den Sinn unserer Aufforderung zur Einheitsfront und glaubte, daß eine Einheitsfront zwischen den Parteieninstanzen zu einer Korruption führen müsse. Darauf antwortete ihm ein anderer Redner und zeigte, daß die Korruption eben jetzt erfolge. Die Entlarzung aller wirklichen Verräter sei auf anderem Wege erforderlich, als auf dem des bloßen Schimpfens. Man müsse die Arbeiterführer beim Wort nehmen, denn mit Worten zum mindesten seien sie alle gegen den Krieg. Nachdem noch eine Genossin über Frankreich gesprochen hatte, wo die Friedensstimmung viel deutlicher zu merken sei als in Deutschland, ein anderer Genosse seine Reise durch die Balkanländer schilderte und seine Verwunderung aussprach darüber, daß bei dem angehäuftem Konfliktsstoff ein Krieg immer noch nicht ausgebrochen sei, und schließlich eine chinesische Genossin ihre Mahnung an die deutschen Proletarier gerichtet hatte, den chinesischen Klassengenossen zu helfen, aber auch dafür zu sorgen, daß in Deutschland der Terror nicht jenen Grad erreiche wie in China, wo alle Kämpfer für Recht und Freiheit als Kommunisten einfach hingerichtet werden, wurde die gutbesuchte Versammlung mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale geschlossen. H. P.

Benneckes Immunität aufgehoben.

Vor der Verhaftung Benneckes.

Am Dienstag vormittag beschäftigte sich der Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages mit der Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Dr. Bennecke, der der Begünstigung und der Mittäterschaft an dem Mord an dem SA-Mann Hentsch beschuldigt wird. Nach kurzer Aussprache wurde die Aufhebung der Immunität Benneckes mit allen Stimmen bei Stimmenthaltung der Kommunisten beschlossen.

Den Verhandlungen lag ein Bericht des Generalstaatsanwalts zu Grunde, der einen Auszug aus den Akten darstellt und dem wir folgendes entnehmen:

Der unter Mordverdacht stehende Schenk war Führer des Nachrichtensturmes und als solcher dem Oberführer Dr. Bennecke unmittelbar unterstellt. Er hat bis zum Tage der Flucht in Benneckes Büro gearbeitet. Auch der wegen Begünstigung in Haft befindliche Eugen Bayer arbeitete im Büro Benneckes. Außer Schenk stehen noch Fränkel und Wojcik unter Mordverdacht. Diese drei sind flüchtig und halten sich gegenwärtig in Verona auf. Am 19. Dezember ist ein Brief Fränkels aus Bozen an eine Deckadresse angekommen. Der Brief, an den SA-Mann Lorenz gerichtet, wurde von der Staatsanwaltschaft abgefangen. Er enthält folgende Stelle: „Nun komme ich zu einer Hauptsache. Als ich türmte, hat mir H. versprochen, sich um mein Frauchen zu kümmern. Nun kommt Weihnachten, und ich bin mittellos. Es gibt doch eine SS-Hilfe.“ Fränkel bittet in diesem Brief, zu H. zu gehen und auch bei einem gewissen Bück vorzuspre-

chen, um zu versuchen, etwas „herauszuschinden“. Diesem Brief liegen zwei Unterstützungsgesuche bei, von denen eines „Lieber Oberführer“ überschrieben war. Der Generalstaatsanwalt hält die Annahme für gerechtfertigt, daß H. der Oberführer Dr. H. Bennecke ist. Wenn das zutrifft, geht daraus hervor, daß er um die Tat gewußt haben konnte, sie begünstigt bzw. auch die Flucht der drei SA-Leute gefördert haben könne. Dr. Bennecke ist vernommen worden. Er hat keinerlei Angaben über die Flucht gemacht und hat ausgesagt, keinerlei Nachrichten von den Flüchtlingen erhalten zu haben. Nach Aussage Dr. Benneckes sind die drei Beschuldigten mittellos gewesen. Sie sind ohne Pässe über die Reichsgrenze nach der Tschechoslowakei entkommen. Flucht und Auslandsaufenthalt bedingen aber erhebliche Kosten. ... Schenk habe einmal geäußert, er habe allein 150 Mark für Telefongespräche und Telegramme aufgewendet. In zwei anonymen Schreiben, die der Staatsanwaltschaft ebenfalls zugegangen sind, wird behauptet, daß Dr. Bennecke am Mord beteiligt gewesen sei.

Schleichersche Arbeitsbeschaffung.

In seinen Bemühungen, für die Einstellung von Arbeitslosen zu sorgen, hat Schleicher seinen ersten Erfolgen, wenn die davon Betroffenen vielleicht auch nur arbeitslos, nicht aber erwerbslos waren: Von „zuständiger Stelle“ wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung ab 1. April wieder deutsche Militär- und Marineattachés ins Ausland zu versenden beabsichtigt. Diese Herren haben die Aufgabe, die Interessen der deutschen Wehrmacht in London, Paris, Rom, Prag, Washington, Warschau und Moskau zu vertreten (was für Interessen hat die Reichswehr da eigentlich?).

Im „Petit Parisien“ wird die Ankündigung von der Entsendung deutscher Militärattachés mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme der Reichsregierung dem ersten Teil des Artikels 179 des Versailler Vertrags widerspricht, in dem es heißt:

„Deutschland verpflichtet sich, von Inkrafttreten dieses Vertrages an keine Militär-, Marine oder Luftschiffahrts-Mission in fremden Ländern zu beglaubigen oder dorthin zu senden, noch irgend einer solchen Mission das Verlassen ihres Gebietes zu erlauben.“

Offensichtlich rechnet also die Reichsregierung damit, daß Teil V des Versailler Vertrages, in dem dieser Artikel enthalten ist, noch vor dem 1. April beseitigt wird.

Hitler bei Schleicher?

„Osaf“ Hitler weilt zur Zeit in seinem Berliner Stammhotel „Kaiserhof“. Es wird behauptet, daß er sich mit dem Führer der Deutschnationalen, Hugenberg, treffen wolle. Eine Besprechung mit Schleicher sei jedoch „für diese Woche“ nicht geplant, wie vielsagend dementiert wird.

Nazis als Brandschatzer.

In der Nacht zum Dienstag wurde ein Erholungsheim der Braunschweiger Arbeiterschaft an dem Flußufer Schunter von Nationalsozialisten völlig ausgeplündert, demoliert und angezündet! Die Banditen zerschlugen alles Geschirr, Porzellan und alle Gläser, die für Ferienkinder bestimmt waren, und warfen die Scherben in das Wasser, sodas es unmöglich ist, an dieser Stelle noch zu baden. Das Heim wurde im Sommer von Tausenden von Arbeitern zum Baden und zur Erholung aufgesucht. Zwei der in Brand gesteckten Gebäude brannten vollständig nieder.

Die Täter stammen vermutlich aus dem in der Nähe gelegenen nationalsozialistischen Arbeitsdienstlager. Das ist jetzt schon der zweite Fall in diesem Jahre, daß sogenannte „Arbeitsdienstlager“ der Nazis Ausgangsstätten von Verbrechen wurden!

Eine fortschrittliche Behörde?

Nein, eine Klassenrichtung!

Wie der Telegraphen-Union an zuständiger Stelle bestätigt wird, hat die Erste Strafkammer des Landgerichts Stuttgart das Verfahren gegen Frau Dr. Jacobowitz-Kienle und Dr. Friedrich Wolf wegen Vergehens gegen § 218 vorläufig eingestellt. Nachdem Frau Dr. Jacobowitz-Kienle nach Frankreich geflüchtet war, sich dort mit einem Amerikaner verheiratet hatte und mit unbekanntem Aufenthalt nach Amerika übersiedelt war, war dieser Beschluß zu erwarten.

Das Verfahren gegen den Stuttgarter Arzt Dr. Friedrich Wolf wurde eingestellt, weil seine Durchführung von der des Prozesses Kienle abhängig ist. Haftbefehl und Steckbrief gegen Frau Dr. Jacobowitz-Kienle bleiben aufrecht erhalten.

So meldet die Telegraphen-Union. Wir glauben, daß die Flucht von Frau Kienle, von der in dieser Meldung so geflissentlich gesprochen wird, der Ersten Strafkammer des Landgerichts Stuttgart nicht unangelegentlich gekommen ist. Das scheint uns vor allem dadurch begründet zu sein, daß auch das Verfahren gegen den sogar des Kommunismus „verdächtig“ Dr. Friedrich Wolf eingestellt worden ist, was uns nach den vorliegenden Mitteilungen nicht auf alle Fälle durch die Flucht der Frau Kienle juristisch gerechtfertigt zu sein scheint. Wir glauben vielmehr, daß in dem Prozeß auch Abtreibungen zur Sprache gekommen wären, bei denen bürgerliche Frauen und Männer beteiligt waren. So wenig wir natürlich daran interessiert sind, Menschen bestraft zu sehen, die gegen den tollen Paragraphen 218 sich „vergehen“, so gut wäre der jetzt vertagte Prozeß gewesen, gegen den Paragraphen selber und also für die Befreiung der proletarischen Frauen von diesem Klassenrequisit zu arbeiten.

Ein Nazi als Mörder verhaftet.

Die politische Polizei hat am Montag den Schlächter und Nationalsozialisten Osthoff verhaftet. Osthoff ist geständig, in der Neujahrsnacht den Kommunisten Erich Hermann in Lichtenrade ermordet zu haben. Der Täter will in „Notwehr“ gehandelt haben.

„Kampf“ gegen die Krise in England 1932.

Die Wirtschaftspolitik der Nationalen Regierung seit ihrem Amtsantritt wird durch drei Schlagworte charakterisiert: Schutzzölle, Sparsamkeit, finanzielle Stabilität.

Leider ist der letzte und am ehesten annehmbare Punkt dieser Politik der am wenigsten gesichert! Eine „kontrollierte Inflation“ wird nämlich in steigendem Maße von Seiten vieler einflussreicher Mitglieder der konservativen Partei gefordert, vor allem von denen, in deren Hand die verbreitetsten Zeitungen sind. Die Mitglieder der Labour Party und der Gewerkschaften haben von ihren Führern so viel Unsinn über Preisfall und Deflation als Ursachen der Wirtschaftskrise gehört, daß sie wahrscheinlich einen Versuch der Preissteigerung durch „Reflation“ — wie man jetzt zu sagen beliebt — unterstützen würden. Aus diesem Grunde haben sie schon ihre Opposition gegen die Wiedereinführung der Goldwährung angekündigt.

„Sparsamkeit“.

Die von der Regierung geübte „Sparsamkeit“, die vor allem zur Ausbalanzierung des Budgets dienen sollte, war in

Englands Zollmauern.

Der wichtigste und gefährlichste Teil der Wirtschaftspolitik der Regierung war jedoch bisher die Schutzzollpolitik. 1930 betrug die Gesamteinfuhr Großbritanniens 1040 Millionen Pfund. Aus dem britischen Weltreich kamen Waren im Werte von 300 Millionen Pfund; davon sind 80 Prozent frei von Zöllen. Von der übrigen Einfuhr im Werte von 740 Millionen Pfund fielen 400 Millionen Pfund unter das Zollgesetz von 1932 und wurden mit Zöllen von 10 bis 33 1/2 Prozent belegt (nach der Zusammensetzung der Einfuhr von 1930 berechnet, beträgt der Durchschnittszoll 14 Prozent). Schon vor dem Zollgesetz waren 130 Millionen Pfund der Einfuhr mit Zöllen belegt.

Vor Abschluß der Ottawa-Verträge waren nur 223 Millionen Pfund der Einfuhr zollfrei. Nach den Vereinbarungen von Ottawa hat sich diese Summe nach Schätzung des „Economist“ auf 187 Millionen Pfund verringert.

Besonders hohe Zölle liegen auf der Einfuhr einiger wichtiger Rohmaterialien und Nahrungsmittel aus nicht britischen Ländern: Auf rohem und halbfertigem Eisen (nicht auf Eisenerz, das zollfrei eingeführt wird) liegt ein Zoll von 33 1/2 Prozent, auf nicht-britischem Kupfer ein Zoll von 50 Prozent des Wertes; die Zölle auf Butter, Käse, Eier und kondensierte Milch betragen etwa 17 Prozent, auf verschiedene Früchte 20 bis 30 Prozent, auf Reis sogar fast 70 Prozent; für Fleisch und Weizen sind Kontingente eingeführt worden, die erstens die Einfuhr insgesamt verringern und zweitens den britischen Dominions und Kolonien eine Vorzugsstellung einräumen.

Ein Labour-Abgeordneter schätzte kürzlich, daß allein die Schutzzölle für landwirtschaftliche Produkte die britischen Verbraucher jährlich 63 Millionen Pfund kosteten (rund 800 Millionen Mark).

Von Bedeutung ist, daß in das augenblickliche englische Zollsystem viele Verpflichtungen und Vereinbarungen eingebaut worden sind, die darauf hinweisen, daß dieses

vieler Hinsicht ein Angriff auf die Massenkaufrkraft; das gilt zum Beispiel für die

Aenderung der Erwerbslosenfürsorge, die Beschneidung der Gesundheitsfürsorge und die Kürzung der Gehälter von Lehrern und einigen anderen Beamten-Gruppen.

Außerdem darf die weniger offensichtliche, aber noch gefährlichere Bedrohung der Löhne und Arbeitsbedingungen durch eine wachsende Armee halbverhungerter und verzweifelter Erwerbsloser nicht unterschätzt werden. Schließlich werden weniger öffentliche Arbeiten unternommen, hauptsächlich, weil die Regierung den Gemeinden weniger Zuschüsse gewährt. Dadurch sind insbesondere die Bauarbeiten der öffentlichen Hand betroffen worden. Ende November wurden dem Parlament Pläne für weitere Sparmaßnahmen vorgelegt, die das Ray-Komitee für die Ausgaben der Gemeinden ausgearbeitet hat. Einer seiner Vorschläge ist schon zu einem Gesetzentwurf ausgearbeitet worden und läuft darauf hinaus, daß zum Bau von billigen Arbeiterhäusern keine öffentlichen Zuschüsse mehr gegeben werden.

Zollsystem dauernd in Kraft bleiben und eher noch verstärkt als abgebaut werden wird.

Der Einfuhrzoll-Rat, dessen drei Mitglieder die Zölle für eine große Anzahl von Industriewaren von 10 auf 20 Prozent erhöht und Zölle auf halbfertiges Eisen und Stahl eingeführt haben, kann jeden der bestehenden Zölle in unbegrenztem Maße erhöhen, ohne dazu auch nur der Zustimmung des Parlaments zu bedürfen. In Ottawa hat sich die britische Regierung verpflichtet, für eine große Anzahl von Waren die Zölle während der nächsten fünf Jahre nicht zu senken! Die Fleischkontingente sollen bis Mitte 1934 in Kraft bleiben, und zwar sind sie so aufgebaut, daß sie in zunehmendem Maße die Fleischeinfuhr anderer als britischen Länder vermindern sollen. Für Molke-Produkte hat die Regierung sich die Möglichkeit zu ähnlichen Maßnahmen offen gelassen.

Die Gewerkschaften rüsten zum Kampf.

Leider hat die britische Gewerkschaftsbewegung von der ganzen blödsinnigen und arbeiterfeindlichen Wirtschaftspolitik der Regierung nur die Sparmaßnahmen bekämpft. (Der Gewerkschaftskongreß von 1932 hat sich in Bezug auf Zollpolitik auf den Boden der Regierung gestellt, indem er sich weigerte, diese Politik als Ganzes zu verurteilen.)

Aber auch „bekämpfen“ ist eigentlich nicht das richtige Wort für die Tätigkeit der Gewerkschaften; sie ist über papierne Proteste und das Abstimmen über Resolutionen nicht hinausgegangen. In der Industrie sind die Unternehmer, die Lohnsenkungen versucht haben, dabei zumeist erfolgreich gewesen. Zu Beginn des Jahres sind die Löhne von 150 000 Hafenarbeitern auf Grund einer Vereinbarung der Gewerkschaft mit den Unternehmern um 7 Prozent gesenkt worden. Durch die Androhung eines Verkehrsstreiks konnte die Senkung der Löhne der Londoner Autobusschaffner verhindert

Wirkung der Zölle auf Außenhandel und Binnenmarkt.

Die Wirkung des Umschwungs in der britischen Handelspolitik auf Preisstand und Lebenshaltungskosten ist in einem vorhergehenden Aufsatz (in Nr. 292) gezeigt worden. Die dort angeführten Tatsachen sollten in Zusammenhang mit den Veränderungen des Außenhandels betrachtet werden. Wir geben daher hier außer Angaben über den Außenhandel auch solche über die Preisbewegung.

Monatsdurchschnitte (in Mill. Pfund Sterling)	4. Vierteljahr			
	1929	1931	1931	1932
Einfuhr:				
Industrielle Fertigwaren	27,9	21,3	24,7	15,5
Rohstoffe	28,3	14,5	15,2	16,3
Lebensmittel	44,7	34,8	39,7	31,7
Insgesamt	100,9	71,1	79,6	63,6
Ausfuhr: insgesamt	58,9	31,1	30,6	29,7
Großhandels-Index	127,2	89,3	90,5	90,2

Selbst wenn man den Preisfall in Rechnung stellt, sieht man, wie stark die Drosselung der Einfuhr von Industriewaren gewesen ist. Aber obwohl die Ausfuhr schon durch die Entwertung des Pfundes angeregt worden ist (die wie eine 30prozentige Ausfuhrprämie wirkt) und trotz der starken Zunahme der britischen Baumwollausfuhr nach China, wird die britische Ausfuhr im Jahre 1932 sowohl wert- als mengenmäßig geringer sein als im Vorjahr. Und wie wird es erst 1933 sein!

Die Ausfuhr-Industrien werden ihre Rohmaterialien teurer bezahlen müssen, und die Lebenshaltungskosten der Arbeiter werden steigen. Die Auslandskunden Englands werden sich vielfach, da England seinen Bedarf in den Dominions deckt, andere Lieferanten suchen. Eine Verschärfung der Krise ist also zu erwarten als Folge der Politik der Nationalen Regierung. Die britischen Industrien, die für den Binnenmarkt arbeiten, werden mit einer Verringerung der Massenkaufrkraft zu rechnen haben, es sei denn, daß die Weltmarktpreise so stark fallen, daß dadurch die Wirkung der Zölle ausgeglichen wird.

Schließlich ist Großbritannien eine Möglichkeit genommen, die es noch vor einem Jahr gehabt hätte: auf der Weltwirtschaftskonferenz mit Nachdruck auf eine allgemeine Verringerung der Zölle zu drängen.

werden; aber das zustandegekommene Abkommen enthält einige „Vorschläge“ für die Erzielung stärkerer Arbeitsleistungen. Der vierwöchige Streik der Weber in Lancashire endete mit einer Lohnsenkung von 6 1/2 bis 8 1/2 Prozent für 200 000 Arbeiter.

Jedoch zeigt sich jetzt immer mehr, daß der

Kampfgeist der Gewerkschaftsmitglieder während des vergangenen Jahres zweifellos zugenommen

hat und auch die Gewerkschaftsführer zur Aktivität zwingt. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat für Januar 1933 eine große, sich über das ganze Land erstreckende Demonstration aller Erwerbslosen und erwerbsfähigen Arbeiter zum Protest gegen die Bedürftigkeitsprüfung und die von der Regierung diktierte „Sparsamkeit“ angesetzt. Dieser lange hinausgezögerte Schritt wird vielleicht der Regierung etwas zu denken geben, ehe sie weiter auf Kosten der Erwerbslosen „spart“. Den Reden der Gewerkschaftsführer und der Haltung der Arbeiter nach zu urteilen, ist auch mit einem Eisenbahnstreik im nächsten Jahr zu rechnen, wenn die Eisenbahngesellschaften ihre Lohnsenkungsforderungen nicht aufgeben.

Reallöhne in Gefahr!

Wahrscheinlich werden Regierung und Unternehmer, wenn sie wachsender Unruhe und Unzufriedenheit unter den Erwerbslosen gegenüber stehen — wir erinnern an den Hungermarsch im Oktober! — und wenn 3 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder bereit sind, einen Angriff auf ihre Geldlöhne durch Arbeitskampf abzulehnen, ihren Angriff von der Preisseite her auf die Reallöhne der Arbeiter richten.

Das verlangt zum Beispiel der reaktionäre Lord Beaverbrook, der entschieden für „höhere Löhne“ und „mehr Beschäftigung“ in seiner Presse eintritt. „Mehr Beschäftigung“ soll erreicht werden durch Herauswerfen der fremden Konkurrenten mit Hilfe höherer Zölle und durch Vermehrung der Massenkaufrkraft mit Hilfe einer Inflation. Er sagt deutlich:

Laßt die Hände weg von den Geldlöhnen und drückt auf die Reallöhne durch Preiserhöhungen.

Die Gefahr, daß eine solche Wirtschaftspolitik getrieben wird, ist um so größer, weil die Haltung des Gewerkschaftskongresses derart ist, daß man annehmen kann, er unterstützt eine Inflation und lehnt es ab, der Schutzzollpolitik der Regierung Widerstand zu leisten.

Aufgaben der Gewerkschaften.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß die augenblickliche Nationale Regierung, deren Politik von der konservativen Partei, also hauptsächlich von Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen bestimmt wird, ein konstruktives Programm zur Krisenbekämpfung durchführt. Wenn sie jedoch gezwungen werden könnte, dies zu tun, würde ihre Macht zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise ungeheuer groß sein. Sie könnte die Kaufrkraft der 300 Millionen halbverhungerter Bauern und Arbeiter Indiens stärken durch eine Verringerung der ausbeuterischen Landabgaben; sie könnte in England Siedlungspolitik treiben, wo das Kapital so billig zu haben ist.

Für das nächste Jahr ist jedoch leider höchstens zu erwarten, daß die Regierung an der Fortführung ihrer jetzigen verhängnisvollen Wirtschaftspolitik gehindert wird.

Es gibt nur eine Macht in England, die die Regierung im Zaum halten könnte: die Gewerkschaftsbewegung.

Aber um dazu in der Lage zu sein, müßten die Gewerkschaften die Politik des Wirtschaftsfriedens bei Seite schieben und ihre ganze Kraft darauf verwenden, weitere „Sparmaßnahmen“ auf Kosten der Arbeiterschaft zu verhindern. Außerdem müßten sie eine klare Stellung gegen die versteckten Methoden der Lohnsenkung, also gegen Schutzzölle und Inflation, einnehmen. Allan Flanders (London).

Wer hat das gesagt? Ein General? Ein Autarkist?

„Wir müssen bei diesem ganzen Siedlungsproblem uns immer das eine vor Augen halten, nämlich, daß der Zweck unserer ganzen landwirtschaftlichen Betätigung der ist, soviel wie möglich aus dem Boden an Lebensmitteln herauszuholen. . . . Hier handelt es sich nicht nur um ein rein land- oder volkswirtschaftliches Problem, sondern auch um ein politisches. Denn solange wir jährlich für 3 bis 4 Milliarden Lebens- und Futtermittel einführen müssen, sind wir dem Auslande gegenüber nicht völlig frei und nicht so stark, wie wir es sein könnten, wenn wir uns vom eigenen Boden ernährten. Das haben wir besonders im Kriege gefühlt und fühlen es nach dem Kriege weiter. Heute ist man ebenso in der Lage, uns auf die Knie zu zwingen, weil wir uns nicht ernähren können. Und nun das Problem: ist es möglich, zu erreichen, daß wir den notwendigen Bedarf an Lebens- und Futtermitteln aus unserem Boden erzeugen? Das ist gar nicht so schwer. Das ist ja die Tragik, daß wir es in kürzester Zeit erreichen könnten und es doch nicht können. Die Siedlung kann eins der Mittel sein, um diesem Ziel näher zu kommen, und jede Art der Siedlung, die uns von diesem Ziele entfernt, ist nach meiner Auffassung falsch.“

Wer hat das gesagt? Wessen Knie fühlen sich unfrei und schwach, weil er nicht nur von Erzeugnissen „deutschen Bodens“ lebt? Wer hat schon im Kriege so gefühlt? — Was wir hier wiedergeben, hat Otto Braun gesagt in der Diskussion zu einem Vortrag von Franz Oppenheimer am 25. Juni 1929 in Berlin. „Das ist ja die Tragik“ der Arbeiterschaft in Deutschland, daß sie sich noch heute von solchen Menschen führen läßt, die den Sozialismus „in kürzester Zeit erreichen könnten und es doch nicht können“, weil sie den Sozialismus längst mit dem Nationalismus vertauscht haben.

Die Zwecke, um derentwillen ein Sozialist die Bauernsiedlung fördern soll, hatte Oppenheimer in seinem Vortrag klar genug aufgezeigt: „Herstellung des verlorenen Gleichgewichtes zwischen Erzeugungskraft und Konsumkraft des Binnenmarktes, steigende Löhne; . . . in Ostdeutschland ist die allgemeine Volksbildung viel niedriger als im Westen; . . . die Flächeneinheit Bauernland (trägt) ungefähr sieben Mal so viel Menschen von voller Kraft und Gesundheit . . . als das Großesigentum.“ C. B.

ENGLAND

Weitere hohe Bankdividenden: Die Großbanken haben sich anscheinend verabredet, ihre Dividenden gegenüber dem Vorjahr nicht oder nur wenig zu senken. Die National Provincial Bank kündigt eine Gesamtdividende von 15 Prozent gegenüber 16 Prozent im Vorjahr an.

Starke Reichsbankentlastung.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichswechsel	Lombardford	Wechsel, Schecks	Notenumlauf	Giroguthaben	Gesamt-Geldumlauf
31. 12. 1931	984	172	98	245	4144	4778	755	6678
7. 1. 1932	979	162	17	99	3854	4576	417	6416
30. 11. 1932	827	110	35	207	2731	3531	418	5604
7. 12. 1932	804	114	29	101	2688	3439	353	5488
31. 12. 1932	806	114	1	176	2806	3560	540	5657
7. 1. 1933	805	115	11	72	2524	3374	333	5333

Die Deckungsbestände haben sich nach dem vorliegenden Ausweis in der Berichtswche kaum verändert; sie sind um rund 300 000 Mark größer als am Jahresende, obgleich in der vergangenen Woche erhebliche Zins- und Tilgungszahlungen an das Ausland vorgenommen werden mußten.

Der zusätzlichen Inanspruchnahme der Reichsbank mit 325 Millionen Mark Krediten in der letzten Woche des Vorjahres steht ein Rückgang der Ausleihungen in der ersten Januar-Woche in Höhe von 376 Millionen Mark gegenüber. Bereits in der ersten Woche des neuen Jahres sind also mehr Kredite an die Reichsbank zurückgezahlt worden, als zum Jahresende zusätzlich in Anspruch genommen worden waren. Die Tendenz dieser Entwicklung ist üblich; sie steht im Zusammenhang damit, daß in der ersten Januar-Woche am Geldmarkt starke Rückflüsse stattfinden, durch die auch die Notenbank wesentlich entlastet wird. Die Entlastung der Reichsbank ist jedoch in diesem Jahr weit stärker als im Vorjahr; damals flossen nur ungefähr ebenso viel Kredite zurück, wie in der letzten Woche von 1931 zusätzlich in Anspruch genommen worden waren. Bey.

JUGOSLAVIEN

Bankenmoratorium erweitert: Für rund 30 Banken hatte bisher die jugoslawische Regierung ein volles Moratorium (vollen Zahlungsaufschub) verordnet. Alle übrigen Banken werden nun ermächtigt, soweit sie Rückzahlungen und Zinszahlungen an ihre Kunden nicht leisten können, die Auszahlungen auf Grund einer ihrer Leistungsfähigkeit angepaßten Skala vorzunehmen. — Da fast sämtliche Banken von dieser Verordnung Gebrauch machen werden, werden fast sämtliche Sparer betroffen!

TSCHECHOSLOWAKEI

Arbeitslosigkeit steigt: Die vorläufige Zählung ergab 750 000 Arbeitslose; im Vorjahr wurden nur 486 000 gezählt.